

«Versorgungssicherheit braucht Realität»



Svenja Schellenberg, ZBV

Svenja Schellenberg, ZBV

Der Bundesrat hat die Ernährungsinitiative nun offiziell abgelehnt und das völlig zu Recht. Die Initiative verlangt eine Steigerung der Selbstversorgung auf 70 Prozent, gleichzeitig strenge Umweltauflagen und den Umbau der Ernährung hin zu mehr Pflanzlichem. Die Ziele sind ohne tiefgreifende, massive Eingriffe und finanziellen Aufwand schlicht unrealistisch, genau das sagt auch der Bundesrat. Doch statt daraus zu lernen, klammern sich Befürworter an Ideologien, die weder der Landwirtschaft noch der Umwelt nützen. Mehr pflanzliche Proteine, mehr Biodiversität, bessere Bodenfruchtbarkeit und gleichzeitig weniger Nährstoffeinträge – auf den ersten Blick klingt das für viele gut. Doch aus meiner Sicht steckt darin ein Widerspruch, den die Initiative unterschätzt. Pflanzliche Produktion steigern bedeutet intensivere Nutzung der Ackerflächen. Das erfordert meist eine gezielte Düngung und Pflanzenschutz. Ernährungssicherheit

lässt sich so nicht erzwingen, sondern nur mit einer funktionierenden, breit abgestützten Landwirtschaft erreichen. Interessant ist: Die Initiative wirbt lautstark mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit zu stärken, erklärt sie sogar zum politischen Hauptargument. Gleichzeitig sehen wir, dass in anderen umweltpolitischen Bereichen genau diese Ernährungssicherheit kaum noch eine Rolle spielt. Produktive Flächen werden für Renaturierung, Gewässerräume oder Biodiversitätsförderung aufgegeben. Da interessiert die Ernährungssicherheit plötzlich niemanden mehr.

Diese Initiative ist aus meiner Sicht zum Scheitern verurteilt – wer will sich denn vorschreiben lassen, was er essen darf und was nicht? Ich auf jeden Fall nicht!



Nein zum Vegan-Zwang

[Aktuelles ZBV](#)

15. 08. 2025

Im Zentrum der Ernährungsinitiative steht ein massiver Eingriff in den Teller und das Essverhalten der Schweizer Bevölkerung. Hauptforderung der eingereichten Initiative ist die Erreichung eines Selbstversorgungsgrades von 70 Prozent. Dies würde eine staatlich verordnete vegane Ernährung bedingen, denn nur mit dem Konsum weitgehend nicht-tierischer Produkte wäre dieser zu erreichen. Deshalb ist wie üblich bei den Initiativen aus diesem Lager der Titel sehr irreführend,

korrekterweise mü